

BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL
BAS**

FÜR DUISBURG IN BERLIN.



**MAHMUT
ÖZDEMİR**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Liebe Leserinnen und Leser,

Die Digitalisierung, die Globalisierung, der demographische Wandel oder auch die Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit verändern die Art und Weise, wie wir künftig leben, lernen und arbeiten. Für den Einzelnen wie auch für die Wirtschaft entstehen enorme Chancen, aber auch Risiken. Klar ist: Dieser Wandel lässt sich nicht aussitzen, aber er lässt sich gestalten. Das wollen wir in den kommenden Jahren tun. Das will die SPD-Fraktion nun mit sechs Projektgruppen angehen und Lösungen erarbeiten.

Ein weiteres Thema der vergangenen Sitzungswoche war die Verabschiedung der Pkw-Maut – inzwischen „Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen“ genannt. Diese ist kein Anliegen der SPD gewesen, war für die CSU aber die Verhandlungsgrundlage für die Koalitionsgespräche. Nach einer kritischen Prüfung des Vorhabens konnten unsere Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuss wichtige Änderungen durchsetzen.

2

Des Weiteren hat sich der Deutsche Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche mit der osteuropäischen Partnerschaft, der Medienkompetenz und dem Status des Deutschen Instituts für Menschenrechte beschäftigt.

Viel Spaß beim Lesen wünschen


Bärbel Bas


Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

PROJEKT ZUKUNFT #Neue Gerechtigkeit	3
VERKEHR Bundestag beschließt Kompromiss zur Pkw-Maut	5
AUSSENPOLITIK Beziehung zu östlichen Partnern intensivieren	8
BILDUNG Medienkompetenz fördern, digitale Spaltung überwinden	9
MENSCHENRECHTE A-Status des Deutschen Instituts für Menschenrechte sichern	11

TOP-THEMA

PROJEKT ZUKUNFT

3

#NeueGerechtigkeit

Am vergangenen Dienstag hat SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion erläutert, wie wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen wollen. "Wir wollen die Chancen des Wandels nutzen, wir wollen neue Wege gehen, um Gerechtigkeit umzusetzen." Die Zustimmungswerte zu der Arbeit der SPD belegten, dass die sozialdemokratische Handschrift in der Koalition das Leben der Menschen verbessere. Nun gehe es um weitere Modernisierungsschritte, die die SPD-Fraktion in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode umsetzen will.

Dazu sind in der Fraktion sechs Projektgruppen gebildet worden, die sich jeweils mit einem Schwerpunktthema befassen. Das Vorhaben läuft unter dem Label "Projekt Zukunft: #NeueGerechtigkeit". Im Einzelnen:

#NeueZeiten – Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel

Projektleiter ist Martin Rosemann (Stellvertreterin: Ulrike Bahr)

#NeueChancen – Wertschätzung für Bildung

Projektleiter ist Oliver Kaczmarek (Stellvertreterin: Daniela De Ridder)



#NeueErfolge – Vorsprung durch Innovation

Projektleiterin ist Sabine Poschmann (Stellvertreter: Dirk Wiese)

#NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland

Projektleiterin ist Christina Kampmann (Stellvertreter: Karamba Diaby)

#NeuerZusammenhalt – Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland

Projektleiter ist Carsten Sieling (Stellvertreter: Jens Zimmermann)

#NeueLebensqualität – Morgen gut leben

Projektleiterin ist Marina Kermer (Stellvertreter: Carsten Träger)

Zentrale Ziele der SPD-Fraktion sind wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit. Denn nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die für die Zukunft gewappnet ist. Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für Fortschritt. Diese Prämissen leiten die Projektgruppenarbeit.

Der erste Schritt der Projektarbeit wird darin bestehen, die richtigen Fragen zu formulieren und diese mit Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu diskutieren. Anschließend sollen die erarbeiteten Konzepte unmittelbar in die parlamentarische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion einfließen.

Ende dieses Jahres soll es erste Zwischenergebnisse der Reforminitiative geben. Endgültige Ergebnisse könnten dann im Frühjahr 2016 vorliegen.

Hier geht es zur Projektseite auf der Fraktionswebsite:

<http://www.spdfraktion.de/content/projekt-zukunft-neuegerechtigkeit>

Hier lässt sich das Beschlusspapier herunterladen:

<http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/projekt-zukunft-neuegerechtigkeit-web.pdf>



VERKEHR

Bundestag beschließt Kompromiss zur Pkw-Maut

Nach langem Ringen hat der Bundestag die im Koalitionsvertrag vereinbarte Pkw-Maut beschlossen. Die SPD-Abgeordneten hatten klare Bedingungen für die Verabschiedung des CSU-Projekts gestellt. Im parlamentarischen Verfahren konnte die SPD-Fraktion wichtige Verbesserungen durchsetzen – und das nicht nur beim Mautgesetz. Die Pkw-Maut des CSU-geführten Bundesverkehrsministeriums bekommt eine Chance und die Koalitionsfraktionen ein verkehrspolitisches Gesamtpaket zur künftigen Finanzierung von Fernstraßen.

Die Pkw-Maut ist ein Projekt des Koalitionsvertrags, das die CSU dort hineinverhandelt hat. Nachdem der Verkehrs- und der Finanzausschuss umfangreiche Änderungen durchgesetzt hatten, stimmte die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten an diesem Freitag dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer „Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen“ (Drucksache 18/3990) zu. Damit die Pkw-Maut, wie von der SPD-Fraktion gefordert und von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) zugesagt, keinen deutschen Autofahrer zusätzlich belastet, ließ das Parlament auch den Regierungsentwurf eines „Zweiten Verkehrssteueränderungsgesetzes“ (Drucksache 18/3991) passieren. Der Ausgleich soll über die Kfz-Steuer erfolgen.

Zusätzlich konnte die SPD-Fraktion – auch dank eines Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen (Drucksache 18/4460) – ein verkehrspolitisches Gesamtpaket durchsetzen: mit einem klaren Bekenntnis zur Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen und einer eindeutigen Strategie zur Priorisierung der Verkehrsinvestitionen.

Umfangreiche Änderungen waren für SPD-Fraktion Bedingung

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte im Vorfeld der Debatte: „Wir haben von Anfang an deutlich gemacht: Die Pkw-Maut ist kein verkehrspolitisches Anliegen der SPD. Aber wir haben uns im Rahmen des erreichten Gesamtpakets im Koalitionsvertrag einverstanden erklärt, dem Vorhaben unseres Koalitionspartners nicht im Wege zu stehen“.

In der abschließenden Plenarsitzung zur Pkw-Maut im Bundestag betonte auch SPD-Fraktionsvize Sören Bartol: „Seit der Unterschrift der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD unter den Koalitionsvertrag war klar: Es soll auf Wunsch der CSU in Deutschland eine



Pkw-Maut geben. Die Frage war nur, wie“. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten im Koalitionsvertrag klare Bedingungen formuliert. „Wesentlich war für uns, dass kein deutscher Autofahrer durch die Pkw-Maut zusätzlich belastet wird“, so Bartol. Das sei nun erfüllt.

Nach den Expertenanhörungen im Bundestag hatte die SPD-Fraktion beschlossen, der Pkw-Maut nur mit grundlegenden Änderungen zuzustimmen. Von ihren sechs aufgestellten Bedingungen konnten fünf mit der Unionsfraktion durchgesetzt werden:

1. Gestaffelte Vignetten-Preise für im Ausland zugelassene Kfz: Damit die Pkw-Maut wie im Koalitionsvertrag vereinbart EU-rechtskonform sein kann, wurden auf Drängen der SPD-Fraktion die Maut-Sätze für im Ausland zugelassene Kraftfahrzeuge angepasst. Damit europäische Nachbarn bei den Zeitvignetten nicht diskriminiert werden, wird es jetzt auch bei den Zeitvignetten Staffellungen nach Ökoklassen geben. Das ist eine wichtige Forderung aus der EU-Kommission.
2. Starker Datenschutz: Die SPD-Fraktion hat einen besseren Datenschutz gefordert. Jetzt werden die Speicherfristen für die persönlichen Daten von drei Jahren auf ein Jahr reduziert. Zudem dürfen die bei der Mauterhebung anfallenden Daten ausschließlich für die Verkehrslenkung und Verkehrsforschung, nur vollständig anonymisiert und in enger Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten genutzt werden.
3. Evaluation der Pkw-Maut: Die SPD-Fraktion hat gefordert, dass es eine automatische Überprüfung der Pkw-Maut zwei Jahre nach der Einführung im Bundestag geben muss. Im Gesetz ist das nun verbindlich verankert: Zwei Jahre nach dem technischen Start der Pkw-Maut wird das Gesetz einem umfassenden Einnahmen- und Bürokratiecheck unterzogen.
4. Klares Prioritätenkonzept für die Infrastruktur-Investitionen: Die SPD-Fraktion forderte ein detailliertes Prioritätenkonzept, welchen Verkehrsinfrastrukturprojekten die Steuer- und Mauteinnahmen zugutekommen sollen. Im Antrag ist nun verankert: Vorrang haben der Erhalt und die Instandhaltung bestehender Verkehrswege und der Ausbau der großen, überlasteten Verkehrsachsen – ohne dabei die Anbindung in der Fläche zu vernachlässigen. Mittel werden künftig dort investiert, wo sie für die Pendlerinnen und Pendler den höchsten Nutzen haben. Konkret werden 65 Prozent der Investitionsmittel des Bundes in den Erhalt von Straßen,



Schienen und Wasserwegen fließen. Mittel für neue Verbindungen werden zu 80 Prozent in Projekte überregionaler Bedeutung investiert werden.

5. Ausdehnung der Lkw-Maut: Um die Finanzierung der Infrastruktur langfristig zu sichern, wollten die SPD-Abgeordneten ein klares Bekenntnis zur Lkw-Maut. Mit einem Entschließungsantrag gemeinsam mit der Unionsfraktion haben die SPD-Bundestagsabgeordneten festgehalten, dass der Bundestag die Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen vorantreiben soll. Diesen Weg für Mehreinnahmen hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon in den Koalitionsverhandlungen favorisiert. Nun soll das Kabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf bis Juli 2016 beschließen.

„Ich bedaure, dass unsere Forderung nach besseren Regelungen für die Grenzregionen auf den erbitterten Widerstand der CDU und CSU gestoßen ist“, sagt Fraktionsvize Sören Bartol. Die SPD-Abgeordneten hatten konkret dafür geworben, auf Antrag keine Pkw-Maut für ausländische Kfz-Halterinnen und -halter auf Streckenabschnitten von 30 km ab Grenze oder bis zur ersten Autobahnabfahrt zu erheben.

Sebastian Hartmann, zuständiger Berichterstatter für Maut-Fragen der SPD-Fraktion, kündigte an, bei der vereinbarten Evaluation der Pkw-Maut explizit auf Auswirkungen für die deutschen Grenzregionen zu schauen.

Laut Gesetz soll die Pkw-Maut von 2016 an erhoben werden. Nach Abzug von Kontroll- und anderen Verwaltungskosten rechnet Verkehrsminister Alexander Dobrindt mit Einnahmen von jährlich 500 Millionen Euro. Die geänderten Kurzzeit-Vignettenpreise ändern kaum etwas daran.

Dobrindt will, dass die Abgabe für alle Nutzerinnen und Nutzer von Autobahnen erhoben wird. Für in Deutschland zugelassene Kraftfahrzeuge gilt sie formal auch auf Bundesstraßen. In Deutschland registrierte Halter sollen entsprechend der Maut-Kosten bei der Kfz-Steuer entlastet werden. Die obligatorische Jahresvignette wird nach Größe und Schadstoffausstoß des Autos bemessen und liegt im Schnitt bei 74 Euro.



AUSSENPOLITIK

Beziehung zu östlichen Partnern intensivieren

Der Bundestag hat am 25. März in 2./3. Lesung einen Gesetzentwurf der Regierung zu den europäischen Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau beschlossen (Drucksache 18/3693). Die Abkommen schaffen eine Freihandelszone und vertiefen die Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union.

Die Beziehungen zu den östlichen Partnern zu stärken, bleibt eine der zentralen außenpolitischen Herausforderungen der Europäischen Union. Beim EU-Gipfel am 27. Juni 2014 in Brüssel haben die EU und die Ukraine, Georgien sowie die Republik Moldau Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Die geplanten Abkommen sind ein entscheidender Schritt zum Ausbau der gegenseitigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Die Vereinbarungen tragen zudem wesentlich zur weiteren demokratischen und rechtstaatlichen Entwicklung in der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau bei. Stabilität und Wohlstand in der Region sollen gestärkt werden. Ein weiteres zentrales Feld der Zusammenarbeit ist die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

8

Hoffnung auf eine bessere Zukunft

In Anwesenheit des ukrainischen Parlamentspräsidenten Wladimir Groisman, der Botschafter und weiteren Vertretern aus Georgien, Moldau und der Ukraine hob Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) im Plenum die Bedeutung der Abkommen für die drei östlichen Nachbarn hervor. Nicht weniger wichtig seien diese Abkommen aber für Europa, betonte Steinmeier.

Große internationale Aufmerksamkeit hat besonders das geplante Abkommen mit der Ukraine erfahren. Steinmeier stellte fest, diese Aufmerksamkeit rühre daher, dass sich große Hoffnungen auf diese Abkommen richten – die Hoffnung der Menschen nach Wachstum und Arbeit, nach einer modernen und transparenten Demokratie, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Mit der Zustimmung zum Assoziierungsabkommen habe die ukrainische Regierung nun besiegelt, dass sie gemeinsam mit der Europäischen Union an dieser besseren Zukunft arbeiten will. Jetzt müsse die Europäische Union ihre Versprechen bekräftigen, betonte Steinmeier.



Herkulesaufgabe der inneren Reformen

Franz Thönnies, stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, stellte mit Bezug auf die Ukraine fest: So geschunden das Land durch die Konfliktlage und die kriegerische Auseinandersetzung sei, so ungebrochen sei der breite Wunsch der Menschen, den Weg nach Europa zu gehen. „Nun gilt es, die Herkulesaufgabe der inneren Reformen trotz aller äußeren Widrigkeiten zielstrebig voranzutreiben, und zwar mit konkreter Implementierung“, bekräftigte Thönnies in seiner Rede. Die Menschen dürften nicht noch einmal enttäuscht werden. Denn mit der Zustimmung des ukrainischen Parlamentes zum Assoziierungsabkommen sei man ein Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger eingegangen. Thönnies erinnerte: „Dafür hat die Maidan-Bewegung monatelang gekämpft, und dafür haben Menschen ihr Leben gelassen.“

Kooperationsangebot – kein Zwischenschritt

Die Östliche Partnerschaft ist ein fortwährendes Kooperationsangebot der EU und kein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft. Insbesondere für die Ukraine gilt: Das Land braucht wieder gute Beziehungen auch zu seinen Nachbarn im Osten. Bei der Frage gutnachbarschaftlicher Beziehungen geht es eben nicht um eine Entweder-oder-Entscheidung zwischen Russland und Europa.

Substanzieller Bestandteil der Abkommen ist die Einrichtung einer Freihandelszone. In Georgien und der Republik Moldau wird dieser Teil des Abkommens bereits vorläufig angewandt. Das Inkrafttreten der Handelsbestimmungen zwischen der EU und der Ukraine wurde auf Ende 2015 verschoben. Damit wurde dem Wunsch Russlands entsprochen, die Auswirkungen des Abkommens auf den Handel mit Russland ausgiebig zu prüfen. Berechtigten Einwänden kann so gegebenenfalls Rechnung getragen werden. Für ein endgültiges und vollständiges Inkrafttreten müssen die Abkommen noch durch die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert werden.

BILDUNG

Medienkompetenz fördern, digitale Spaltung überwinden

Die Förderung der digitalen Bildung ist für die SPD-Fraktion der Schlüssel zur Teilhabe an der digitalen Welt. Mit einem gemeinsamen Antrag (Drucksache 18/4422) wollen die



Koalitionsfraktionen die Medienkompetenz in Deutschland fördern – vor allem an Schulen, in der betrieblichen Ausbildung und an den Hochschulen.

Digitale Medien kommen inzwischen in nahezu allen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen zum Einsatz. Doch nicht jeder hält Schritt mit der Digitalisierung. Laut „D21-Digital-Index 2014“ bewegen sich erst 37 Prozent der Bevölkerung bei der Internetnutzung „digital souverän“. Weitere Studien zeigen: Deutsche Achtklässler haben im internationalen Vergleich nur mittelmäßige Computer-Kompetenzen. Und Deutschland hat erheblichen Nachholbedarf bei der Förderung und Ausgestaltung digitaler Bildungsangebote. Im Koalitionsvertrag haben die Sozialdemokraten daher unter anderem verabredet, dass Bund und Länder eine gemeinsame „Strategie Digitales Lernen“ auf den Weg bringen sollen. Die hierzu laufenden Abstimmungsprozesse wollen die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD mit einem Antrag (Drucksache 18/4422) konstruktiv begleiten.

Digitale Bildung muss stärker in die Lehrpläne

So sprechen sich die SPD- und Unions-Abgeordneten etwa dafür aus, mit einem „Pakt für Digitale Bildung“ die Finanzierung von digitalen Endgeräten für Bildungszwecke zu erleichtern sowie außerschulische Initiativen wie „Ein Netz für Kinder“ und die „Nationale Initiative Printmedien“ zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Für die schulische Bildung wünscht sich die SPD-Fraktion eine stärkere fächerübergreifende Verankerung digitaler Bildung in der Lehrkräfteausbildung und in den Bildungsplänen – gerade auch, um Kinder aus benachteiligten Schichten den Zugang zur Mediengesellschaft zu ermöglichen, sagt Saskia Esken, zuständige Berichterstatterin für digitale Bildung der SPD-Bundestagsfraktion.

Zudem fordern die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag, die Nutzung von freien Lern- und Lehrmaterialien auszuweiten. Erfahrungen mit diesen sogenannten „Open Educational Resources“ (kurz: OER) zeigten, so Esken, dass sich vor allem junge Menschen für Lerninhalte begeistern lassen, die sie selbst produzieren, bearbeiten und mit anderen teilen können. Hierfür müssten Vereinfachungen z. B. im Urheberrecht erreicht werden. Gleichzeitig böten digitale freie Medieninhalte eine große Chance für die Inklusion: Inhalte könnten individualisiert und auch barrierefrei sein.

Da der Bund wegen der Kulturhoheit der Länder und des Kooperationsverbots im Schulbereich nur begrenzte Möglichkeiten hat, regen die Fraktionen den Abschluss eines



Länderstaatsvertrags an. Die SPD-Bundestagsfraktion wirbt darüber hinaus weiter dafür, das Kooperationsverbot für alle Bildungsbereiche abzuschaffen.

SPD-Fraktion fordert mehr Investitionen

Digitale Bildung sei „eine große Herausforderung“ für das deutsche Bildungssystem, betont SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil, denn sie müsse Technik und Infrastrukturen, digitale Medienkompetenz und Didaktik der Lehrenden, Ausbildungs- und Lehrinhalte sowie nicht zuletzt Qualität und Zugang zu digitalen Lehrmaterialien berücksichtigen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion lautet die Konsequenz: mehr Investitionen. Die SPD-Abgeordneten schlagen daher vor, von 2016 an 60 Millionen Euro jedes Jahr für die Digitale Bildung in Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Bildung aufzuwenden. „Dafür wollen wir neben Haushaltsmitteln auch Mittel des Europäischen Sozialfonds und vor allem 50 Millionen Euro aus dem Investitionsprogramm der Bundesregierung nutzen. Das wäre eine angemessene Antwort der Koalition auf die digitale Herausforderung im Bildungswesen“, argumentiert Heil.

11

IT-Sicherheit: Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt

Im Zusammenhang mit dem Koalitionsantrag zur Digitalen Bildung haben die Bundestagsabgeordneten auch das Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt 2015-2020“ beraten (Drucksache 18/4304). Das Programm bündelt ressortübergreifend die Aktivitäten und Fördermaßnahmen der Bundesregierung und unterstützt die Entwicklung von sicheren und vor allem auch innovativen IT-Sicherheitslösungen. Sichere Kommunikationssysteme für Privatpersonen, der Schutz des Datenaustausches im Rahmen einer Industrie 4.0, aber auch der Schutz von Infrastrukturen sind Themen, die im Rahmen des neuen Programms adressiert werden sollen.

MENSCHENRECHTE

A-Status des Deutschen Instituts für Menschenrechte sichern

Der Bundestag hat am 27. März in 1. Lesung über die Rechtsstellung und Aufgaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte beraten. Mit dem Gesetzentwurf soll eine gesetzliche Grundlage für das im Jahr 2000 gegründete Institut auf Basis der Pariser Prinzipien der



Vereinten Nationen geschaffen werden (Drucksache 18/4421). Damit soll der sogenannte A-Status des Instituts gesichert werden.

Der A-Status ist notwendig, um weiterhin über Mitwirkungsrechte in UN-Gremien zu verfügen. Entscheidend ist: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit des Instituts auch künftig gesichert sein. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion trotz erheblicher Widerstände seitens der Union gesorgt.

Die Rechtsform des Instituts für Menschenrechte als eingetragener Verein soll erhalten bleiben – ein wesentlicher Punkt für die SPD-Fraktion. Auch bleiben die Kernaufgaben unangetastet. Und der Aufgabenschwerpunkt soll weiterhin bei der Menschenrechtslage in Deutschland liegen. Unverändert bleibt das Institut eine bewährte Monitoring-Stelle für die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Deutschland.

Wichtiges menschenrechtspolitisches Vorhaben

Als zusätzliche Aufgaben wird künftig die Analyse menschenrechtlicher Folgen totalitärer Diktaturen aufgenommen. Zudem wird das Institut jährlich einen Bericht über seine Arbeit und die Entwicklung der Menschenrechtslage in Deutschland erstellen. Dazu soll der Bundestag Stellung nehmen. Die Finanzierung des Instituts soll künftig aus dem Haushalt des Bundestags erfolgen und nicht wie bisher aus den Haushalten von vier Ressorts.

Mit dem Gesetzentwurf wird ein wichtiges menschenrechtspolitisches Vorhaben des Koalitionsvertrags umgesetzt. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit des Instituts auch künftig gesichert ist.